



Name: _____

Abiturprüfung 2017

Geschichte/Sozialwissenschaften, Leistungskurs

Aufgabenstellung:

1. Geben Sie Hauptaussagen und Gedankengang des vorliegenden Textes strukturiert wieder. *(22 Punkte)*
2. Ordnen Sie den Text in die politischen und wirtschaftlichen Entwicklungen der Jahre 1815 bis zum März 1848 ein und erläutern Sie den politischen Standpunkt des Autors. *(34 Punkte)*
3. Beurteilen Sie u. a. vor dem Hintergrund des Textes, welche Ursachen zum Scheitern der Revolution 1848/49 führten. *(24 Punkte)*

Materialgrundlage:

- Otto Lüning: Zum neuen Jahre. In: Das Westphälische Dampfboot. Paderborn, Januar 1848, S. 1 – 7
abgedruckt nach dem Faksimile unter: http://dlibra.bibliotekaelblaska.pl/Content/51551/010335-1848_01.pdf
(Die Rechtschreibung und Zeichensetzung folgen dem Original.)

Zugelassene Hilfsmittel:

- Wörterbuch zur deutschen Rechtschreibung
- Herkunftssprachliches Wörterbuch für Studierende, deren Herkunftssprache nicht Deutsch ist



Name: _____

Dr. Otto Lüning (1818 – 1868), Arzt und Redakteur in Rheda/Westfalen, schreibt in der von ihm herausgegebenen Zeitschrift „Das Westphälische Dampfbboot“ im Januar 1848:

[...] Unsere Zeit, unsere öffentlichen Zustände sind nicht darnach angethan, daß ein an sich noch so wichtiges Ereignis den Kampf zwischen der Freiheit und der Reaktion e n t s c h e i - d e n könnte; nur in Zeiten gewaltiger Aufregung, wo die Thatkraft von Jahrzehnden in einem einzigen Moment zusammengedrängt wird, wie z. B. in der ersten französischen Revolution, kann ein Wurf, eine kühne That, ja selbst eine das Volk mit unwiderstehlicher Gewalt fortreißende Rede die ganze Lage der Dinge, die Grundlagen des Staates radikal und prinzipiell ändern. Solche Hauptschlachten werden jetzt nicht mehr oder auch nicht wieder geliefert; der Kampf ist jetzt nur ein Vorpostengefecht. Aber aus allen diesen Plänkeleien ist die Freiheit siegreich hervorgegangen, obwohl sie den wohlorganisirten Truppen der Reaktion nur Freischaaren¹ entgegen zu stellen hatte. Preußen hat seinen ersten Vereinigten Landtag² gehabt und wenn nicht alle Zeichen trügen, so wird es den zweiten haben, ehe die festgesetzten 4 Jahre verflossen sind. Der Liberalismus hat in Deutschland aller Orten viel neues Terrain gewonnen, womit wir freilich noch nicht gesagt haben wollen, daß er auch den Muth haben wird, es zu benutzen. [...]

Wir wollen nicht zu früh triumphiren. Die Freiheit hat zwar die Vorpostengefechte siegreich bestanden; aber noch ist die Reaktion mächtig und erhebt gerade in der letzten Zeit ihr Haupt kecker, als je. Sie hat einen Augenblick geglaubt, durch Zugeständnisse die öffentliche Meinung irre leiten und für sich gewinnen zu können. Aber zwischen der Freiheit und der Reaktion ist keine Verständigung, keine Transaktion³ möglich; hier heißt es Sieg oder Niederlage. Die Reaktion hat ihren Irrthum eingesehen; sie sucht die Zugeständnisse, die die Noth des Augenblicks ihr abrang, unwirksam zu machen; die Beweise dafür muß sich der Leser selbst suchen. Sie hat sich zusammengerafft und führt alle ihre Truppen in's Feld. [...]

Unsere Ansichten über die „civilisirte“ Gesellschaft und ihre Einrichtungen, über die Verhältnisse des Erwerbes und des Verkehrs, des Kapitals und der Arbeit, sind noch ganz die nämlichen, die wir seither ausgesprochen haben. Wir geben kein Titelchen davon auf, so wenig als von unserem Ziele, wie wir es im vorigen Januar aussprachen:⁴ „Gleichmäßige harmonische Bildung für alle Schichten der menschlichen Gesellschaft, Verwirklichung und Bethätigung des schönen Menschenthums; und als dessen Basis das durch die Einrichtung der Gesellschaft g a r a n t i r t e Recht des Menschen auf eine zureichende menschliche Existenz.“ [...] Wir sagten schon früher in unseren Programmen: „Der Konstitutionalismus ist eine Durchgangsphase und die nächste Entwicklung, die uns bevorsteht. Durch ihn gelangen wir zur Demokratie und erst in der Demokratie sind die Mittel gegeben, auf dem Wege der Gesetzgebung die Verhältnisse des Erwerbes und des Verkehrs so abzuändern, wie es die neue Gesellschaft zu ihrem geistigen und materiellen Wohlbefinden für nöthig erachten wird.“ Nun wohl,

¹ Freischaaren: militärische Freiwilligenverbände

² Der erste Vereinigte Landtag war die erstmalige gemeinsame Versammlung der ständischen Vertreter aller acht preußischen Provinzen in Berlin. Sie tagte von April bis Juni 1847 nach Einberufung durch den König. Hier kam es zu Diskussionen über eine preußische Verfassung.

³ Transaktion: Übereinkunft

⁴ Lüning bezieht sich auf einen Beitrag zum „Westphälischen Dampfbboot“ im vorangegangenen Jahr.



Name: _____

- 35 Preußen hat die Bahn der konstitutionellen Entwicklung betreten. Dadurch hat der Kampf
um die politische Freiheit eine reelle Grundlage, eine praktische Bedeutung erhalten. Unser
nächstes Ziel liegt jetzt offen vor uns; es ist die Ausbildung und Verwirklichung des Konsti-
tutionalismus, das Streben nach wirklich demokratischen Einrichtungen, zu deren Erringung
uns der verwirklichte Konstitutionalismus erst die Waffen liefert, weil die Bourgeoisie⁵ die
40 Waffen, die sie für sich selbst nöthig hat, nicht für sich allein behalten kann. [...]

- Soll dieses Ziel erreicht werden, so müssen alle diejenigen, welche für die Theilnahme des
Volkes an den öffentlichen Angelegenheiten durch eine konstitutionelle Verfassung und
gegen die Herrschaft der Bureaukratie, gegen die Vorrechte der Feudalaristokratie in die
Schrannen treten wollen, Hand in Hand gehen. Die reinen Konstitutionellen und die reinen
45 Demokraten unterscheiden sich zwar in sehr wesentlichen Punkten; jene haben nur einen Stand
im Auge, die Bourgeoisie, welche sie an die Stelle der früher bevorrechteten Stände setzen
wollen; diese kämpfen für die Rechte des gesammten Volkes. Aber da sie für die nächste
Zukunft dasselbe Ziel, dieselben Forderungen haben, so müssen sie vorläufig zusammen
gehen und die Entscheidung über die Differenzpunkte bis zur Verwirklichung der gemein-
50 schaftlichen Forderungen hinausschieben. [...] Die Konstitutionellen wollen Vertretung
des deutschen Volkes bei'm deutschen Bunde und bei'm Zollverein (durch Notable)⁶, Preß-
freiheit, Gewissens- und Lehrfreiheit, Geschwornengerichte, Trennung der Verwaltung
von der Justiz, Sicherung der pers[önlichen] Freiheit, Verminderung der stehenden Heere,
Befreiung des Bodens von allen noch übrigen Feudallasten⁷ (durch Ablösung), Selbstverwal-
55 tung der Gemeinden. Die Demokraten setzen noch hinzu: Abschaffung der stehenden Heere
und Einführung einer volksthüml[ichen] Wehrverfassung, progressive Einkommensteuer⁸
statt aller bisherigen Steuern, Unentgeltlichkeit des Unterrichts, damit er Allen zugänglich
werde, Ausgleichung des Mißverhältnisses zwischen Kapital und Arbeit. Nun, da sind trotz
wichtiger und wesentlicher Verschiedenheiten doch Vereinigungspunkte genug. Diese wol-
60 len wir vorläufig durch Vereinigung der bisher zersplitterten Kräfte zu erringen suchen. Die
Demokratie ist bereit, ihre weiter gehenden Forderungen zu verschieben; aber sie erwartet
dafür auch, daß der Liberalismus die gemeinschaftlichen Forderungen nicht durch Halbheit
und Unentschlossenheit verquicke und verdünne. [...]

- Die Reaktion ist wohlgerüstet und wohlorganisirt, wenn auch nur selten gut geführt; die Par-
65 tei des Fortschritts darf ihre Kräfte nicht fürder⁹ zersplittern. Wir wollen unsere persönliche
Liehaberei gern dem allgemeinen Interesse, den gemeinschaftlichen Bestrebungen zum Opfer
bringen und wir erwarten, daß der Liberalismus das auch thun wird. Uns führt nicht eine innige
Zuneigung, sondern das gemeinschaftliche Interesse zusammen. Aber am Tage der Schlacht
frage ich nicht darnach, ob mein Nebenmann mir persönlich angenehm oder unangenehm ist,
70 sondern darnach, ob er denselben Zweck hat, wie ich. [...]

⁵ Bourgeoisie: gemeint ist das Besitzbürgertum

⁶ Notable: Vertreter des Volkes, die aufgrund ihres Ansehens oder Vermögens eine herausgehobene Stellung innehatten.

⁷ stehende Feudallasten: Die Bauernbefreiung in Preußen zu Beginn des 19. Jahrhunderts fand durch Ablösezahlungen an die Grundherren statt, wodurch es zu hohen Verschuldungen der Bauern kam. Die Zahlungen dauerten entsprechend viele Jahrzehnte an.

⁸ progressive Einkommenssteuer: Steuer auf das Einkommen, die bei steigenden Einkommen prozentual stärker ansteigt.

⁹ fürder: weiterhin

Unterlagen für die Lehrkraft**Abiturprüfung 2017****Geschichte/Sozialwissenschaften, Leistungskurs**

1. Aufgabenart

Interpretation sprachlicher oder nichtsprachlicher historischer Quellen

2. Aufgabenstellung¹

1. Geben Sie Hauptaussagen und Gedankengang des vorliegenden Textes strukturiert wieder. (22 Punkte)
2. Ordnen Sie den Text in die politischen und wirtschaftlichen Entwicklungen der Jahre 1815 bis zum März 1848 ein und erläutern Sie den politischen Standpunkt des Autors. (34 Punkte)
3. Beurteilen Sie u. a. vor dem Hintergrund des Textes, welche Ursachen zum Scheitern der Revolution 1848/49 führten. (24 Punkte)

3. Materialgrundlage

- Otto Lüning: Zum neuen Jahre. In: Das Westphälische Dampfboot. Paderborn, Januar 1848, S. 1 – 7
abgedruckt nach dem Faksimile unter: http://dlibra.bibliotekaelblaska.pl/Content/51551/010335-1848_01.pdf
(Die Rechtschreibung und Zeichensetzung folgen dem Original.)

4. Bezüge zum Kernlehrplan und zu den Vorgaben 2017

Die Aufgaben weisen vielfältige Bezüge zu den Kompetenzerwartungen und Inhaltsfeldern des Kernlehrplans bzw. zu den in den Vorgaben ausgewiesenen Fokussierungen auf. Im Folgenden wird auf Bezüge von zentraler Bedeutung hingewiesen.

1. *Inhaltsfelder und inhaltliche Schwerpunkte*
Inhaltsfeld 5: Nationalismus, Nationalstaat und europäische Integration
 - Einheit und Freiheit – nationale Bewegungen in Deutschland und Europa im 19. Jahrhundert
2. *Medien/Materialien*
 - entfällt

¹ Die Aufgabenstellung deckt inhaltlich alle drei Anforderungsbereiche ab.

5. Zugelassene Hilfsmittel

- Wörterbuch zur deutschen Rechtschreibung
- Herkunftssprachliches Wörterbuch für Studierende, deren Herkunftssprache nicht Deutsch ist

6. Vorgaben für die Bewertung der Schülerleistungen

Teilleistungen – Kriterien

a) inhaltliche Leistung

Teilaufgabe 1

	Anforderungen	maximal erreichbare Punktzahl
	Der Prüfling	
1	benennt den Autor (Arzt und Redakteur Otto Lüning), die Textsorte (Leitartikel einer Zeitschrift), die Adressaten (interessierte Öffentlichkeit, insbesondere Demokraten), den Zeitpunkt der Abfassung (Januar 1848) sowie die Art des zu untersuchenden Materials (Quelle).	2
2	nennt als Thema in etwa: das Verhältnis von Demokraten und Liberalen im Hinblick auf die bevorstehenden politischen Auseinandersetzungen im neuen Jahr.	2
3	formuliert als Kernaussage in etwa: Der Entscheidungskampf zwischen reaktionären und freiheitlichen Kräften stehe bevor, sodass sich Liberale und Demokraten für einen Sieg zusammenschließen müssten.	4
4	gibt den Gedankengang des Autors mit Hilfe von Verben, die die argumentative Funktion der Hauptaussagen verdeutlichen, in etwa wie folgt wieder: Lüning • betont die Bedeutung des zurückliegenden Jahres für den Kampf zwischen reaktionären und freiheitlichen Kräften, • wiederholt die bestehenden Forderungen der Demokraten nach einer Volksbildung und einer existenziellen Grundsicherung, • sieht den Konstitutionalismus in Preußen als Durchgangsstadium für die Entwicklung der Demokratie, • fordert auf der Grundlage von gemeinsamen politischen Interessen ein Zusammenwirken von Liberalen und Demokraten für die Durchsetzung der gemeinsamen Forderungen, • erklärt die Bereitschaft der Demokraten, eigene Forderungen vorerst zurückzustellen, und erwartet vom Liberalismus dasselbe.	4
5	gibt die Hauptaussagen des Textes in Verbindung mit dem in Kriterium 4 skizzierten Gedankengang strukturiert wieder (Die Trennung beider Kriterien erfolgt hier nur, um die Punkteanteile ausweisen zu können.): • Nur selten gelinge ein politischer Umschwung in einem einzigen Moment; tatsächlich dauere der Kampf zwischen den reaktionären und freiheitlichen Interessen länger, der Liberalismus habe aber im letzten Jahr – wie im zurückliegenden ersten Vereinigten Landtag Preußens ersichtlich – einen Aufschwung erfahren. • Die Forderungen der Demokraten, Volksbildung und das Recht auf eine gesicherte Existenz, blieben jedoch weiterhin bestehen. • Der von den Liberalen angestrebte Konstitutionalismus in Preußen sei nur ein Zwischenschritt auf dem Weg zu einer Demokratie, in der die Möglichkeit bestehe, Erwerbs- und Verkehrsverhältnisse derart zu ändern, dass für das Volk geistige Freiheit und materieller Wohlstand ermöglicht würden.	10

	• Liberale und Demokraten teilten grundlegende Ziele wie die Verwirklichung rechtsstaatlicher Prinzipien, Freiheit und Mitbestimmung (auch in Form einer Volksvertretung beim Deutschen Bund); darüber hinaus strebten die Demokraten militärische Abrüstung, Steuern in Abhängigkeit des steigenden Einkommens, Bildungsmöglichkeiten für die Bevölkerung und eine gerechte Regelung des Verhältnisses von Kapital und Arbeit an. • Die Demokraten seien bereit, in der anstehenden Zeit der Auseinandersetzung mit den reaktionären Kräften ihre Forderungen zurückzustellen und gemeinsam mit den Liberalen die gemeinsamen Ziele zu erkämpfen; sie erwarteten aber auch eine entsprechende Bereitschaft zur Zusammenarbeit seitens der Liberalen.	
6	erfüllt ein weiteres aufgabenbezogenes Kriterium. (2)	

Teilaufgabe 2

	Anforderungen	maximal erreichbare Punktzahl
	Der Prüfling	
	ordnet den Text in die politischen und wirtschaftlichen Entwicklungen der Jahre 1815 bis zum März 1848 ein, indem er folgende Aspekte berücksichtigt:	
1	die politischen Voraussetzungen für den Ausbruch der Märzrevolution, die in einem zunehmenden Autoritäts- und Legitimationsverlust der oft noch absolutistisch regierenden monarchischen Staatsführungen im territorial zersplitterten Deutschland und einem wachsenden politischen Selbstbewusstsein v. a. bürgerlicher Kräfte im Hinblick auf die Durchsetzung liberaler und nationaler Forderungen bestanden; er berücksichtigt dabei mindestens drei Gesichtspunkte, z. B.: • die Ergebnisse des Wiener Kongresses von 1815, die eine weitgehende Wiederherstellung der alten Mächte zur Folge hatten und mit der Gründung des Deutschen Bundes als Bund souveräner Einzelstaaten die Hoffnungen auf einen deutschen Nationalstaat nicht erfüllten, • die Entstehung oppositioneller politischer Strömungen in Deutschland als Reaktion auf die Französische Revolution und die Ergebnisse des Wiener Kongresses (Liberale, Demokraten, nationale Bewegung) mit der Bildung von politischen Gruppierungen (u. a. Burschenschaften), • die Versuche dieser politischen Opposition, durch öffentliche Aktionen und publizistische Tätigkeiten ihre Ideen publik und populär zu machen, z. B. durch politische Feste (z. B. Wartburg 1817, Hambach 1832, Heppenheimers Versammlung 1847), politische Literatur (Junges Deutschland, Vormärz, Westphälisches Dampfboot) und öffentlichen Ungehorsam (Göttinger Sieben, Frankfurter Wachensturm), • die verfassungspolitische Situation in den Staaten des Deutschen Bundes, die dadurch gekennzeichnet war, dass vielfach noch – wie in Preußen – absolutistisch regiert wurde oder Verfassungen bestanden, in denen keine oder nur wenige substantielle Mitbestimmungs- und Freiheitsrechte vorhanden waren, • die Maßnahmen der Obrigkeiten, die mit den Mitteln der Staatsgewalt liberale, nationale und demokratische Bestrebungen zu unterdrücken bestrebt waren (vgl. z. B. die Karlsbader Beschlüsse von 1819 und die erneute Repressionswelle nach der Französischen Juli-Revolution von 1830).	8

2	die wirtschaftlichen Voraussetzungen für den Ausbruch der Märzrevolution, die in einer Verarmung großer Teile der Land- und Stadtbevölkerung infolge einer Bevölkerungszunahme und des Übergangs von einer ständisch-feudalen Agrargesellschaft zur kapitalistischen Industriegesellschaft begründet lag; er berücksichtigt dabei mindestens drei Gesichtspunkte, z. B.: • das anhaltende Bevölkerungswachstum u. a. infolge der Bauernbefreiung und den darauf folgenden Zustrom in die anwachsenden Städte, so dass zwar für die Industrialisierung günstige Arbeitskräfte zur Verfügung standen, es aber auch Arbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung gab, • die Verschärfung der Situation durch Pauperisierung und Proletarisierung der Land- und Stadtbevölkerung, deren problematische soziale Lage sich zusätzlich durch Missernten (1845 – 47) und eine damit verbundene Wirtschaftskrise zuspitzte, • den Konkurrenzkampf zwischen Handwerkern, Heimarbeitern und Fabrikanten in der Frühindustrialisierung, der zu sozialen Konflikten (vgl. z. B. den Weberaufstand 1844) und einem sozialen Abstieg des freien Handwerks führte, • die problematischen Lebensumstände der Fabrikarbeiter aufgrund knappen und daher teuren Wohnraums in den Städten, die mit hygienischen Missständen und gesundheitlichen Problemen einhergingen (z. B. Choleraepidemie 1830 – 36, Thyphusepidemien), • die schwierigen Arbeitsbedingungen von Fabrikarbeitern, Frauen und Kindern, die gesundheitlich und finanziell ausgebeutet wurden und sich lange Zeit – auch aufgrund fehlender staatlicher Schutzmaßnahmen – nicht gegen die Unternehmer zur Wehr setzen konnten.	8
3	die politische Entwicklung im Frühjahr des Jahres 1848, in dem die Forderungen der Liberalen und Demokraten durch die Initialzündung der französischen Februarrevolution auch in verschiedenen Staaten des Deutschen Bundes zu Aufständen gegen die Fürsten führten; er berücksichtigt dabei mindestens drei Gesichtspunkte, z. B.: • die Februar-Revolution in Paris, in der liberale Forderungen nach einer Wahlrechtsreform zur Absetzung des Königs und zur Einführung der zweiten französischen Republik führten, • die durch die Februar-Revolution angestoßenen Unruhen in den Hauptstädten der Staaten des Deutschen Bundes, so in Baden, Bayern, Österreich und Preußen, in denen durch breitere Bevölkerungsschichten Forderungen nach Presse- und Vereinsfreiheit, nach Verfassungen mit bürgerlichen Grundrechten, nach politischer Mitbestimmung und nach nationaler Einheit („Märzforderungen“) aufkamen, • die Aufstände und Barrikadenkämpfe am 13. bzw. 18. März in Wien bzw. Berlin und anderen Städten Deutschlands, die die Monarchen zu Zugeständnissen zwangen (Einberufung liberaler „März-Regierungen“, Verfassungs- und nationale Einigungsversprechen, Abberufung reaktionärer Politiker, z. B. Metternichs), ohne allerdings die obrigkeitsstaatlichen Machtinstrumente (v. a. das jeweilige Militär) den Monarchen aus der Hand nehmen zu können, • die Vorbereitung einer konstituierenden Nationalversammlung durch die Heidelberger Versammlung und das „Frankfurter Vorparlament“, • den beginnenden Aufschwung einer demokratisch-liberalen Öffentlichkeit, zu der auch Publikationen wie das von Lünig herausgegebene „Westphälische Dampfboot“ gehörten.	8

4	erläutert den politischen Standpunkt Lünings als von demokratischen bzw. frühsozialistischen Forderungen nach politischer Mitbestimmung, aber auch nach wirtschaftlicher Besserstellung der breiten Bevölkerung geprägt, worin Lünig sich von der reaktionären Staatsmacht Preußens sowie entsprechenden konservativen bis reaktionären politischen Vorstellungen unterscheidet, aber sich grundlegend auch von den liberalen Forderungen des Besitzbürgertums abhebt, mit dem er aber eine zeitweilige Kooperation im Kampf gegen die „Reaktion“ anstrebt; er berücksichtigt dabei mindestens drei Gesichtspunkte, z. B.: • Lünig fordert einen „Kampf der Freiheit gegen die Reaktion“, eine „Änderung der Grundlagen des Staates“, eine Auseinandersetzung mit der „Herrschaft der Bureaucratie“ und den „Vorrechte[n] der Feudalaristokratie“, womit er sich als Gegner des in Preußen bestehenden nahezu absolutistischen Staatssystems, in dem unterschiedliche Standesrechte und vom König eingesetzte Regierungen den Staat beherrschen, zu erkennen gibt. • Lünig grenzt sich deutlich von der Vorgehensweise der Liberalen / des „Liberalismus“ ab, die für Preußen den „Konstitutionalismus“ als Regierungsform anstreben, wobei die Liberalen selber aber – so bezweifelt er – kaum den „Muth“ hätten, einen politischen Nutzen aus den gewonnenen „Plänkeleien“ und „Vorpostengefechte[n]“ des Jahres 1847 zu ziehen. • Lünig akzeptiert die politisch-gemäßigten Forderungen der Liberalen nach Bürgerrechten, Freiheit, Mitbestimmung und Gewaltenteilung, nämlich eine Verfassung für Preußen, Volksvertretung beim Deutschen Bund und beim Zollverein, Presse-, Gewissens- und Lehrfreiheit, Geschworenengerichte, Gewaltenteilung, Sicherung der persönlichen Freiheit, Heeresreduzierung, Ablösung der Feudallasten und Gemeindeselbstverwaltung, nennt den Liberalismus aber nur eine „Durchgangsphase“. • Lünig will weitergehend mit den „Waffen“ der Bourgeoisie nach Erreichen des Konstitutionalismus die ‚wahre‘ Demokratie erreichen, da auch die Liberalen nur ihren eigenen „Stand im Auge“ hätten, wodurch er sich als Anhänger einer radikal-demokratischen, tendenziell antibürgerlichen Strömung zeigt. • Lünig sieht als Ziele der Demokratie eine grundlegende unentgeltliche Volksbildung und eine Existenzsicherung für alle, zusätzlich eine Abschaffung der obrigkeitlichen Heere, ein gerechteres Steuersystem in Abhängigkeit von der Einkommenshöhe und eine gerechtere Entlohnung, um das Missverhältnis „zwischen Kapital und Arbeit“ auszugleichen, wodurch er sich frühsozialistischen Forderungen nach Besserstellung der Arbeiter und Besitzlosen anschließt.	10
5	erfüllt ein weiteres aufgabenbezogenes Kriterium. (4)	

Teilaufgabe 3

	Anforderungen	maximal erreichbare Punktzahl
	Der Prüfling	
1	beurteilt u. a. vor dem Hintergrund des Textes, welche Ursachen zum Scheitern der Revolution 1848/49 führten; er berücksichtigt dabei sowohl eher auf das Verhalten der Akteure bezogene als auch eher strukturelle Ursachen, die die von Lünig vorgebrachte Prognose eines erfolgreichen Zusammenwirkens von Liberalen und Demokraten gegen die konservativen Kräfte entkräften und die Revolution scheitern ließen, z. B.: • die Schwierigkeiten, mit denen die in Frankfurt zusammengetretene Nationalversammlung nach den Anfangserfolgen der Märzrevolution zu kämpfen hatte, insbesondere die Fülle der zu regelnden Probleme rund um die innere und äußere Gestalt des Staates (Verfassung, Staatsgebiet u. a.), • die objektiv gegebene politische Unerfahrenheit der Revolutionäre und Abgeordneten, die auf Grund der vorherigen obrigkeitsstaatlichen Verhältnisse auf ihre komplexen und vielfältigen Aufgaben inner- und außerhalb der Nationalversammlung nur sehr eingeschränkt vorbereitet sein konnten, • damit verbunden die trotz ihrer Leistungen (Ausarbeitung einer Verfassung und Gesetzgebung) vorhandene Unfähigkeit der Nationalversammlung, sich zu einer zupackenden, praktisch-handelnden Körperschaft zu entwickeln, was sich in mehreren innen- und außenpolitisch brisanten Situationen zeigte (u. a. die Reaktion auf die Schleswig-Holstein-Krise), • die durch politische Gruppierungen entstehenden wachsenden Spannungen zwischen Liberalen und Demokraten, die sich schwer taten, gemeinsam gegen die konservativen bzw. reaktionären Abgeordneten vorzugehen, sodass Lünings Vision des zeitweiligen Zusammenschlusses beider Gruppen nicht in die Realität umgesetzt wurde, • hierbei speziell das Verhalten des Großteils des liberalen Bürgertums, das in der Zusammensetzung der Nationalversammlung die größte Gruppe stellte und auch aus Angst vor einer ‚roten Gefahr‘ (vgl. Lünings Forderungen nach „Ausgleichung des Mißverhältnisses zwischen Kapital und Arbeit“) eher vorsichtig und kompromissbereit agierte, was auch Lünig schon andeutet, wenn er befürchtet, die Bourgeoisie könne nur ihren eigenen „Stand im Auge“ haben und die „gemeinschaftlichen Forderungen ... durch Halbheit und Unentschlossenheit verquicke[n] und verdünne[n]“, • das – nicht zuletzt durch die äußere Ablenkung des dänischen Krieges um Schleswig und Holstein sowie durch die Ablösung einiger Feudallasten – sinkende Interesse der noch überwiegend agrarisch und handwerklich geprägten Bevölkerung an der Frankfurter Versammlung, was nicht zuletzt zu einem Wunsch nach einer Rückkehr zur alten Ordnung führte, sodass Lünings Hoffnung auf eine „neue Gesellschaft“, die auf Freiheit und Mitbestimmung dränge, sich nicht erfüllte, • das Versäumnis der Nationalversammlung, zu Beginn ihrer Konstituierung eine Zentralgewalt einzusetzen, die von ihr kontrolliert wurde, um die Veränderungen in Deutschland voranzutreiben, konterrevolutionären Widerstand zu brechen und auch den sich bildenden Nationalstaat nach außen militärisch zu vertreten (vgl. z. B. die Auseinandersetzungen um Schleswig-Holstein), • die bleibende Stärke der alten Mächte auf Grund der fortbestehenden, von der Nationalversammlung strukturell nicht angetasteten Loyalität des alten Machtapparates, insbesondere des Militärs gegenüber den Regierungen; da die Nationalversammlung nicht über eine militärische Macht verfügte, konnte sie am Ende gewaltsam aufgelöst werden, • das erneute Erstarken der Fürsten, die sich aus der ‚Schockstarre‘ der Märzrevolution wieder lösten und insbesondere mithilfe des Militärs ihre Position erneut festigen konnten, womit Lünings Befürchtung, dass die Reaktion „alle ihre Truppen ins Feld“ führen würde, sich bewahrheitete,	20

	• die Ablehnung der dem preußischen König Friedrich Wilhelm IV. angebotenen Kaiserkrone, womit eine zentrale Vorstellung der Paulskirchenversammlung, einem erwählten Fürsten die Krone anzubieten, scheiterte, • die Ablehnung der Verfassung durch die beiden wichtigsten Staaten im Deutschen Bund (Preußen, Österreich), so dass die Idee der nationalen Einigung wirkungslos blieb, • die z. T. auch mit militärischen Mitteln erfolgte Auflösung der Nationalversammlung und die Niederschlagung der letzten Aufstände in Südwestdeutschland nach der „Reichsverfassungskampagne“, • die Verhaftung, Verfolgung oder Flucht der Anführer der Revolution, die zu einer Führungslosigkeit führte, • die Abberufung der liberalen „Märzministerien“ in den Bundesstaaten durch die Fürstenhäuser und die Rückkehr zu „oktroierten“ Regierungsvorgaben und „Verfassungen“, die die liberalen und demokratischen Aktivitäten für die nächsten Jahrzehnte erneut unterdrückte. Orientierung für eine 10 Gewichtungspunkten entsprechende Lösungsqualität: Der Prüfling gelangt unter Bezugnahme auf Lünings Prognose zu einer nachvollziehbaren Argumentation, in der insgesamt mindestens drei Gesichtspunkte sachgerecht berücksichtigt werden. Die Argumentation enthält keine gravierenden sachlichen Fehler. Orientierung für eine 20 Gewichtungspunkten entsprechende Lösungsqualität: Der Prüfling entwickelt unter vertiefter Bezugnahme auf Lünings Prognose eine differenzierte Argumentation, in der erörternd insgesamt mindestens fünf Gesichtspunkte sachgerecht berücksichtigt werden. Die Argumentation enthält keine sachlichen Fehler.	
2	formuliert ein Fazit, in dem er darstellt, dass die Hoffnungen Lünings auf ein erfolgreiches Zusammengehen der Liberalen mit den Demokraten nicht in Erfüllung gingen und in dem er – mit der Möglichkeit unterschiedlicher inhaltlicher Schwerpunktsetzungen – das Scheitern der 1848er Bewegung multikausal begründet (Uneinigkeit und Unerfahrenheit, die Vielfalt der zu lösenden Probleme, Wiedererstarken der Reaktion, wachsendes öffentliches Desinteresse, militärische Chancenlosigkeit).	4
3	erfüllt ein weiteres aufgabenbezogenes Kriterium. (4)	

b) Darstellungsleistung

	Anforderungen	maximal erreichbare Punktzahl
	Der Prüfling	
1	strukturiert seinen Text schlüssig, stringent sowie gedanklich klar und bezieht sich dabei genau und konsequent auf die Aufgabenstellung.	5
2	bezieht beschreibende, deutende und wertende Aussagen schlüssig aufeinander.	4
3	belegt seine Aussagen durch angemessene und korrekte Nachweise (Zitate u. a.).	3
4	formuliert unter Beachtung der Fachsprache präzise und begrifflich differenziert.	4
5	schreibt sprachlich richtig (Grammatik, Orthographie, Zeichensetzung) sowie syntaktisch und stilistisch sicher.	4

7. Bewertungsbogen zur Prüfungsarbeit

Name des Prüflings: _____ Kursbezeichnung: _____

Schule: _____

Teilaufgabe 1

	Anforderungen	Lösungsqualität			
	Der Prüfling	maximal erreichbare Punktzahl	EK ²	ZK	DK
1	benennt den Autor ...	2			
2	nennt als Thema ...	2			
3	formuliert als Kernaussage ...	4			
4	gibt den Gedankengang ...	4			
5	gibt die Hauptaussagen ...	10			
6	erfüllt ein weiteres aufgabenbezogenes Kriterium: (2)				
	Summe 1. Teilaufgabe	22			

Teilaufgabe 2

	Anforderungen	Lösungsqualität			
	Der Prüfling	maximal erreichbare Punktzahl	EK	ZK	DK
	ordnet den Text ...				
1	die politischen Voraussetzungen ...	8			
2	die wirtschaftlichen Voraussetzungen ...	8			
3	die politische Entwicklung ...	8			
4	erläutert den politischen ...	10			
5	erfüllt ein weiteres aufgabenbezogenes Kriterium: (4)				
	Summe 2. Teilaufgabe	34			

² EK = Erstkorrektur; ZK = Zweitkorrektur; DK = Drittkorrektur

Teilaufgabe 3

	Anforderungen	Lösungsqualität			
	Der Prüfling	maximal erreichbare Punktzahl	EK	ZK	DK
1	beurteilt u. a. ...	20			
2	formuliert ein Fazit ...	4			
3	erfüllt ein weiteres aufgabenbezogenes Kriterium: (4)				
	Summe 3. Teilaufgabe	24			
	Summe der 1., 2. und 3. Teilaufgabe	80			

Darstellungsleistung

	Anforderungen	Lösungsqualität			
	Der Prüfling	maximal erreichbare Punktzahl	EK	ZK	DK
1	strukturiert seinen Text ...	5			
2	bezieht beschreibende, deutende ...	4			
3	belegt seine Aussagen ...	3			
4	formuliert unter Beachtung ...	4			
5	schreibt sprachlich richtig ...	4			
	Summe Darstellungsleistung	20			

	Summe insgesamt (inhaltliche und Darstellungsleistung)	100			
	aus der Punktsumme resultierende Note gemäß nachfolgender Tabelle				
	Note ggf. unter Absenkung um bis zu zwei Notenpunkte gemäß § 17 Abs. 5 APO-WbK				
	Paraphe				

Berechnung der Endnote nach Anlage 4 der Abiturverfügung auf der Grundlage von § 52 APO-WbK

Die Klausur wird abschließend mit der Note _____ (____ Punkte) bewertet.

Unterschrift, Datum:

Grundsätze für die Bewertung (Notenfindung)

Für die Zuordnung der Notenstufen zu den Punktzahlen ist folgende Tabelle zu verwenden:

Note	Punkte	Erreichte Punktzahl
sehr gut plus	15	100 – 95
sehr gut	14	94 – 90
sehr gut minus	13	89 – 85
gut plus	12	84 – 80
gut	11	79 – 75
gut minus	10	74 – 70
befriedigend plus	9	69 – 65
befriedigend	8	64 – 60
befriedigend minus	7	59 – 55
ausreichend plus	6	54 – 50
ausreichend	5	49 – 45
ausreichend minus	4	44 – 40
mangelhaft plus	3	39 – 33
mangelhaft	2	32 – 27
mangelhaft minus	1	26 – 20
ungenügend	0	19 – 0



Name: _____

Abiturprüfung 2017

Geschichte/Sozialwissenschaften, Leistungskurs

Aufgabenstellung:

1. Geben Sie Hauptaussagen und Gedankengang des vorliegenden Textes strukturiert wieder. (22 Punkte)
2. Erläutern Sie die für das Verständnis des Textes notwendigen politischen und militärischen Hintergründe sowie die Umstände und Folgen des Attentats vom 20. Juli 1944. Charakterisieren Sie anschließend Evans' Sichtweise auf Stauffenberg. (36 Punkte)
3. Setzen Sie sich mit der im Text geäußerten Überlegung auseinander, dass „Stauffenberg als Vorbild für künftige Generationen schlecht geeignet“ (Z. 30 f.) sei. (22 Punkte)

Materialgrundlage:

- Richard J. Evans: Sein wahres Gesicht. In: Süddeutsche Zeitung Magazin, Heft 04/2009 vom 23.01.2009, S. 8 – 10
hier aus: <http://sz-magazin.sueddeutsche.de/texte/anzeigen/27927/1/1>

Zugelassene Hilfsmittel:

- Wörterbuch zur deutschen Rechtschreibung
- Herkunftssprachliches Wörterbuch für Studierende, deren Herkunftssprache nicht Deutsch ist



Name: _____

Richard J. Evans¹: Sein wahres Gesicht (2009)

Nur wenige Ereignisse der innerdeutschen Geschichte des Zweiten Weltkriegs waren von höherer Dramatik als der Versuch des Oberst Claus Schenk Graf von Stauffenberg am 20. Juli 1944 den Führer des deutschen Reiches, Adolf Hitler, zu ermorden. Die geflüsterten Gespräche und geheimen Unterredungen der Verschwörer im Vorfeld; die abgebrochenen Attentatsversuche am 11. und 15. Juli; die atemberaubende Kühnheit bei der Durchführung des Bombenanschlags; der Zufall, durch den Hitler mit dem Leben davonkam; die chaotischen Zustände bei Beginn der Operation Walküre, die immer aussichtslosere Lage der letzten Stunden im Armeehauptquartier in der Berliner Bendlerstraße; die tiefe Tragödie der hastigen Hinrichtung Stauffenbergs; das Rätsel seiner letzten Worte: »Es lebe das geheiligte Deutschland!«
10 Dass die Verschwörung des 20. Juli 1944 jetzt Thema eines Hollywood-Films geworden ist, überrascht nicht.²

Doch Stauffenberg eignet sich nicht für die Rolle des Actionhelden, der aus dem einfachen moralischen Antrieb handelt, wie er dem Bestreben Hollywoods genügt, Geschichte im Rahmen starker Gegensätze von Gut und Böse abzuhandeln. Stauffenbergs Moralverständnis war
15 ein vielschichtiges Konglomerat³ aus katholischer Lehre, einem aristokratischen Ehrenkodex, dem Ethos⁴ des Alten Griechenland und deutscher romantischer Dichtung.

Mehr als alles andere prägte ihn in dieser Hinsicht wohl der Einfluss des Dichters Stefan George,⁵ dessen Ehrgeiz es war, ein »Geheimes Deutschland« wiederzubeleben, das den Materialismus der Weimarer Republik hinwegfegen und das Leben in Deutschland zu seiner
20 wahren Spiritualität zurückführen sollte. Vom Gedankengut Georges inspiriert, ersehnte Stauffenberg ein idealisiertes mittelalterliches Reich, durch das Europa – unter der Führung Deutschlands – ein neues Maß an Kultur und Zivilisation erlangen würde. Eine Sinnsuche dieser Art war nicht untypisch für die utopistischen Ideen, die am Rande der Weimarer Republik gediehen – optimistisch und ehrgeizig, aber auch abstrakt und unrealistisch: eine völlig
25 ungeeignete Grundlage für eine reale politische Zukunft. [...]

Selbst gegen Ende der Dreißigerjahre war Stauffenberg merklich stärker dem Nationalsozialismus zugetan als viele ältere Offiziere. Verwandte beschrieben ihn als das einzige »braune« Mitglied der Familie. Obwohl er später jegliche Begeisterung für den Nationalsozialismus verlieren sollte, hatte er für die parlamentarische Demokratie zeitlebens nur Verachtung übrig.
30 Allein schon aus diesem Grund ist Stauffenberg als Vorbild für künftige Generationen schlecht geeignet. [...]

In Feldzügen der ersten beiden Kriegsjahre kämpfte Stauffenberg tapfer und mit Begeisterung. Erst 1941, in den Monaten nach der Invasion der Sowjetunion, kamen ihm Zweifel, ob der

¹ Richard J. Evans, geboren 1947 in London, ist Professor für Neuere Geschichte an der Universität Cambridge mit dem Schwerpunkt Nationalsozialismus.

² Gemeint ist der 2008 erschienene Film »Operation Walküre – das Stauffenberg Attentat« mit Tom Cruise in der Rolle des Claus von Stauffenberg.

³ Konglomerat: Gemisch, Gemengelage

⁴ Ethos: Gewohnheit, Sitte, Bräuche

⁵ Stefan George (1868 – 1933): einflussreicher deutscher Lyriker, der der Weimarer Republik distanziert gegenüberstand und dessen Ideen von Stauffenberg beeinflussten. Die Gedichte seines Spätwerks erschienen mit dem Titel »Das neue Reich«, wobei er das »neue Reich« als ein geistiges auffasste und eine Vereinnahmung durch den NS ablehnte.



Name: _____

35 Nationalsozialismus die Ideale verwirklichen würde, die er erreichen wollte. Stauffenberg erkannte, dass Hitler die deutschen Ressourcen in einer Weise beanspruchte, die ein Scheitern unausweichlich machte.

40 Wichtiger noch, die Massentötungen von Zivilisten hinter der Ostfront, die Ermordung von dreieinhalb Millionen sowjetischen Kriegsgefangenen und vor allem die Erschießung Hunderttausender Juden überzeugte Stauffenberg, dass das nationalsozialistische Regime rücksichtslos jenes Wohlwollen zertrampelte, das ihm die Völker, die es vom Joch Stalins befreit hatte, anfänglich entgegengebracht hatten. Es verriet seine Vorstellung eines neuen Europa, das unter der gütigen Herrschaft des Deutschen Reichs gedieh. Das Regime, so dachte er, verriet sogar die Ideale des Nationalsozialismus selbst.

45 Wie die wenigen anderen Offiziere, die die Art und Weise der Kriegsführung an der Ostfront missbilligten, fand Stauffenberg also zuerst zu einer Haltung, die eher von militärischen als von moralischen Überlegungen geprägt war. Im Verlauf des Jahres 1942 erkannte Stauffenberg allerdings, dass diese Gräueltaten nicht nur kontraproduktive Begleiterscheinungen einer brutalen Politik der Kriegsführung waren, sondern letztlich das Wesen des deutschen Kriegseinsatzes darstellten. Hitler und die Führung der Nationalsozialisten verrieten Deutschland:
50 Sie verhinderten nicht nur die Umsetzung der spirituellen Werte des »Geheimen Deutschland«, sie negierten diese. Sie pervertierten militärische Werte und verwickelten die Streitkräfte in grauenvolle Verbrechen, die gegen die grundsätzlichen Prinzipien verstießen, nach denen er und andere Offiziere lebten. Hätte Stauffenberg den Krieg überlebt, dann hätte er kein Verständnis für diejenigen gehabt, die später behaupteten, die Wehrmacht sei vom mörderischen Geist des Nationalsozialismus unbefleckt geblieben. Die Armee selbst war zu einem
55 Instrument des Verbrechens geworden.

Es war diese moralische Überzeugung – gewonnen, als Deutschland in Europa noch die absolute Vorherrschaft innehatte –, die Stauffenberg von den eher pragmatischen Ansichten einiger anderer Verschwörer unterschied. Von jenen, denen vor allem daran gelegen war, Deutschland
60 vor der totalen Niederlage zu retten, mit der das Land nach Stalingrad rechnen musste. Stauffenberg wurde aktiv, als viele andere Mitglieder des militärisch-aristokratischen Widerstands noch zögerten.

Der Schwur, den er für die Verschwörer ersann, verpflichtete sie auf eine neue Ordnung, »die alle Deutschen zu Trägern des Staates macht« – aber auch dazu, »die Gleichheitslüge« zu
65 verachten« und sich »den naturgegebenen Rängen« zu beugen. Wie beinahe alle Zweige des Widerstands war Stauffenberg der Meinung, der Parlamentarismus, die einzig praktikable Form einer demokratischen Politik, habe in der Weimarer Republik seine Bankrotterklärung abgeliefert; dass dieses politische System nach dem Krieg wiederauferstehen sollte, hätte Stauffenberg verärgert und auch überrascht.

70 Auch hier waren seine Vorstellungen – in ihrer arroganten Zurückweisung sozialer und politischer Gleichberechtigung – eher rückwärts- als zukunftsgerichtet. Diese Ablehnung von Gleichheit und Demokratie teilten, in verschiedenen Ausprägungen, die vielfältigen Gruppierungen innerhalb des Widerstands. Somit hatte der Versuch, politische Persönlichkeiten anderer Weltanschauungen, etwa Sozialdemokraten, mit ins Boot zu holen, nie eine realistische
75 Aussicht auf Erfolg. [...]

Unterlagen für die Lehrkraft

Abiturprüfung 2017

Geschichte/Sozialwissenschaften, Leistungskurs

1. Aufgabenart

Analyse von Darstellungen und kritische Auseinandersetzung mit ihnen

2. Aufgabenstellung¹

1. Geben Sie Hauptaussagen und Gedankengang des vorliegenden Textes strukturiert wieder. (22 Punkte)
2. Erläutern Sie die für das Verständnis des Textes notwendigen politischen und militärischen Hintergründe sowie die Umstände und Folgen des Attentats vom 20. Juli 1944. Charakterisieren Sie anschließend Evans' Sichtweise auf Stauffenberg. (36 Punkte)
3. Setzen Sie sich mit der im Text geäußerten Überlegung auseinander, dass „Stauffenberg als Vorbild für künftige Generationen schlecht geeignet“ (Z. 30 f.) sei. (22 Punkte)

3. Materialgrundlage

- Richard J. Evans: Sein wahres Gesicht. In: Süddeutsche Zeitung Magazin, Heft 04/2009 vom 23.01.2009, S. 8 – 10
hier aus: <http://sz-magazin.sueddeutsche.de/texte/anzeigen/27927/1/1>

4. Bezüge zum Kernlehrplan und zu den Vorgaben 2017

Die Aufgaben weisen vielfältige Bezüge zu den Kompetenzerwartungen und Inhaltsfeldern des Kernlehrplans bzw. zu den in den Vorgaben ausgewiesenen Fokussierungen auf. Im Folgenden wird auf Bezüge von zentraler Bedeutung hingewiesen.

1. Inhaltsfelder und inhaltliche Schwerpunkte

Inhaltsfeld 4: Die Zeit des Nationalsozialismus – Voraussetzungen, Herrschaftsstrukturen, Nachwirkungen und Deutungen

- Politische und ideologische Grundlagen des Nationalsozialismus
- Nationalsozialistische Herrschaft und „Volksgemeinschaft“
- Völkermord und Vernichtungskrieg
- Das Handeln der Menschen in der Zeit des Nationalsozialismus
 - Motive und Formen des Widerstandes am Beispiel der ‚Weißen Rose‘ und im Kontext des 20. Juli 1944

¹ Die Aufgabenstellung deckt inhaltlich alle drei Anforderungsbereiche ab.

2. Medien/Materialien

- entfällt

5. Zugelassene Hilfsmittel

- Wörterbuch zur deutschen Rechtschreibung
- Herkunftssprachliches Wörterbuch für Studierende, deren Herkunftssprache nicht Deutsch ist

6. Vorgaben für die Bewertung der Schülerleistungen**Teilleistungen – Kriterien****a) inhaltliche Leistung****Teilaufgabe 1**

	Anforderungen	maximal erreichbare Punktzahl
	Der Prüfling	
1	benennt den Autor (Historiker Richard J. Evans), die Textsorte (Zeitschriftenartikel), die Adressaten (historisch interessierte Öffentlichkeit), den Zeitpunkt der Veröffentlichung (Januar 2009) sowie die Art des zu untersuchenden Materials (populärwissenschaftliche Darstellung).	2
2	nennt als Thema in etwa: Stauffenbergs politische Grundpositionen und die Motive für sein Widerstandshandeln.	2
3	formuliert als Kernaussage in etwa: Stauffenberg sei aufgrund der deutschen Kriegsverbrechen zum Verschwörer gegen Hitler geworden, taue aber heute aufgrund seiner rückwärtsgewandten aristokratischen und antidemokratischen Weltanschauung nicht als Vorbild.	4
4	gibt den Gedankengang des Autors mit Hilfe von Verben, die die argumentative Funktion der Hauptaussagen verdeutlichen, in etwa wie folgt wieder: Evans • stellt die cineastische Dramatik des Stauffenberg-Attentats dar, obwohl dieser nicht zum Kinohelden taue, • umschreibt die seiner Ansicht nach unrealen moralischen Zukunftsvisionen Stauffenbergs, • stellt Stauffenberg als früheren Anhänger des Nationalsozialismus dar, • sieht den Grund für sein Umdenken in den deutschen Kriegsverbrechen, • bewertet Stauffenbergs Ideologie als rückwärtsgewandt und behauptet, dass seine Zukunftspläne daher hätten scheitern müssen.	4
5	gibt die Hauptaussagen des Textes in Verbindung mit dem in Kriterium 4 skizzierten Gedankengang strukturiert wieder (Die Trennung beider Kriterien erfolgt hier nur, um die Punkteanteile ausweisen zu können.): • Der Attentatsversuch vom 20. Juli biete einerseits in seiner Dramatik aufgrund der unsicheren Vorbereitungen, der Beherztheit des Attentats und der aussichtslosen Lage der Verschwörer nach seinem Misslingen genügend Stoff für einen aktuellen Spielfilm, obwohl der Protagonist Stauffenberg andererseits aufgrund seiner vielschichtigen Moralvorstellung nicht zum hollywoodtypischen Schwarz-Weiß-Helden taue.	10

	• Stauffenberg sei geprägt gewesen durch den Dichter Stefan George und dessen Vorstellung einer mittelalterlichen deutschen Reichsidee und einer damit verbundenen führenden Rolle eines neuen deutschen Reiches in Europa. • Stauffenberg sei zunächst ein überzeugter Anhänger des Nationalsozialismus gewesen und habe die parlamentarische Demokratie zeitlebens verachtet. • Trotz anfänglicher begeisterter Kriegsteilnahme habe er durch die deutschen Kriegsverbrechen, bei denen auch die Wehrmacht dem Nationalsozialismus als Instrument gedient habe, eine Pervertierung der NS-Ideale erkannt. Daher sei er noch vor der Wende von Stalingrad zum Gegner der Nationalsozialisten geworden. • In seinem rückwärtsgerichteten antiparlamentarischen und antiegalitären Standesdenken habe es allerdings keinen Platz für eine Zusammenarbeit mit Andersdenkenden gegeben, weshalb seine politischen Pläne für die Zukunft hätten scheitern müssen.	
6	erfüllt ein weiteres aufgabenbezogenes Kriterium. (2)	

Teilaufgabe 2

	Anforderungen	maximal erreichbare Punktzahl
	Der Prüfling	
	erläutert die für das Verständnis des Textes notwendigen politischen und militärischen Hintergründe sowie die Umstände und Folgen des 20. Juli 1944, indem er sich auf folgende Aspekte bezieht:	
1	den politischen Hintergrund der nationalsozialistischen Machtübernahme und des Machtausbaus, die einen totalitären Führerstaat schufen, der durch seine repressiven Maßnahmen kaum einen Spielraum für politisch andere Sichtweisen und Handlungen zuließ; er berücksichtigt dabei mindestens drei Aspekte, z. B.: • die Machtübertragung an Hitler durch den Reichspräsidenten von Hindenburg am 30. Januar 1933, • den Machtausbau Hitlers und seiner Regierung unter Anwendung verschiedener Gesetze und Verordnungen (Reichstagsbrandverordnung, Ermächtigungsgesetz), die Grundrechte, Parlamentarismus und Gewaltenteilung aufhoben und die Macht bei Hitler (nach Hindenburgs Tod 1934 „Führer und Reichskanzler“) konzentrierten, • das Verbot zur Betätigung bzw. Neugründung von oppositionellen Parteien, die eine legale politische Betätigung außerhalb der NSDAP unmöglich machte, • die ‚Gleichschaltung‘ der Länder und Kommunen, sodass auf allen Ebenen Nationalsozialisten an der Regierung waren, • die ‚Gleichschaltung‘ des gewerkschaftlichen, kulturellen und öffentlichen Lebens, die Pluralismus und ein selbstbestimmtes Leben nahezu ausschloss, • die repressiven Maßnahmen des NS-Staatsapparates gegen Oppositionelle und Gegner, gegen Nicht-Angepasste und Kriegsdienstverweigerer, gegen Juden und sogenannte „Nicht-Arier“, welche mit Lagerhaft oder Hinrichtung, Folter und Mord bedroht wurden.	8

2	den militärischen Hintergrund des Angriffs- und Vernichtungskrieges NS-Deutschlands gegen den Großteil der europäischen Staaten, der aus der deutschen Zivilgesellschaft eine militarisierte Gesellschaft schuf und der in seinen brutalen Dimensionen der Kriegsführung und der Kriegsverbrechen alle bisherigen Kriege übertraf; er berücksichtigt dabei mindestens drei Aspekte, z. B.: • die (Re-)Militarisierung Deutschlands durch Bruch der Versailler Abrüstungsbedingungen und eine forcierte Aufrüstung mitsamt Kriegsvorbereitungen unter der Ankündigung, Deutschland wieder zu einer starken Nation machen zu wollen, • die schnellen und äußerst brutal geführten Angriffskriege (u. a. gegen Polen und Frankreich) unter Missachtung von Neutralität und Haager Landkriegsordnung seit September 1939, • den Überfall auf die Sowjetunion („Unternehmen Barbarossa“) seit Juni 1941, • die insbesondere in Polen und in der Sowjetunion begangenen Kriegsverbrechen, die durch die Ermordung der einheimischen Bevölkerung zu neuem „Lebensraum im Osten“ führen sollten, • die Verschleppung und Ermordung von Teilen der osteuropäischen und insbesondere jüdischen Bevölkerung zu Arbeitseinsätzen in Deutschland und in Arbeits- und Vernichtungslager, wie Auschwitz im besetzten Polen, • die Tätigkeit der auch von der Wehrmacht unterstützten Einsatzgruppen hinter der Front, die die gezielte Vernichtung der einheimischen intellektuellen, politisch aktiven und insbesondere jüdischen Bevölkerung betrieben, was offenbar Stauffenberg zum Umdenken bewog, • die nach der Niederlage von Stalingrad langsam zurückweichende Ostfront, die – gemeinsam mit den weiteren Fronten in der Normandie und in Italien – im Jahr 1944 eine Niederlage Deutschlands immer wahrscheinlicher erscheinen ließ.	8
3	die Umstände des Hitler-Attentats am 20. Juli, dem als gemeinsame Ursache die Ablehnung von Hitlers Kriegsführung, der Repressionen im totalitären Staat, der NS-Rassenpolitik und des Holocausts von militärischen und bürgerlichen Oppositionellen zu Grunde lag und die zu verschiedenen Widerstandshandlungen und insbesondere zu Versuchen zur Beseitigung Hitlers führte; er berücksichtigt dabei mindestens zwei Aspekte, z. B.: • die seit Kriegsbeginn existierenden Widerstandsgruppierungen, so den Kreisauer Kreis aus überwiegend liberalkonservativ eingestellten adeligen und bürgerlichen Mitgliedern, und militärische Hitlergegner um Ludwig Beck, die ein sofortiges Kriegsende, ein Ende der Judenverfolgung und eine neue Staats- und Regierungsform nach der Herrschaft Hitlers anstrebten und deren Mitglieder zu einem sich 1943 bildenden Kreis um Stauffenberg gehörten, • die – wie im Text erwähnt – bei Stauffenberg durch die Kriegsverbrechen in Osteuropa entstehenden Zweifel über die Richtigkeit von Hitlers Befehlen und die wachsende Überzeugung, nur durch die Tötung Hitlers könne der Krieg gestoppt werden, • die Versetzung Stauffenbergs auf eigenen Wunsch von der Ostfront nach Berlin, wo er am 1. Juli 1944 zum Stabschef des Heeresamtes ernannt wurde, von wo er Zugang zu militärischen Lagebesprechungen mit Hitler besaß, • die Planung und Aufstellung einer Übergangsregierung nach dem erhofften erfolgreichen Attentat, • die im Text erwähnten, von Stauffenberg zuvor abgebrochenen zwei Versuche, Hitler in den zwei Wochen vor dem 20. Juli zu töten, • die komplexe Planung und Durchführung des Bombenattentats auf Hitler im Hauptquartier der „Wolfsschanze“ sowie die unglücklichen Umstände, die ein erfolgreiches Attentat verhinderten.	6

4	die Folgen des misslungenen Hitler-Attentats in der ‚Wolfschanze‘, die zu einer Verfolgungs-, Verhaftungs- und Hinrichtungswelle der Mitglieder der Stauffenberg-Gruppe und ihrer Angehörigen führte. Der Prüfling berücksichtigt dabei mindestens zwei Aspekte, z. B.: • den aufgrund der Meldungen über das Überleben Hitlers nicht durchgeführten Plan eines militärischen Staatsstreichs in der Hauptstadt, • die Verhaftung Stauffenbergs und seiner engsten Mitverschwörer im Heeresamt (Bendlerblock) nach seiner Rückkehr nach Berlin und ihre Erschießung in den folgenden Tagen, • die Verfolgungswelle durch die Gestapo, die Folterverhöre bzw. Hinrichtungen und Schauprozesse vor dem Volksgerechtshof, wobei etwa 5000 Personen hingerichtet wurden und Sippenverfolgung auch unbeteiligten Familienangehörigen galt.	6
5	charakterisiert die Sichtweise Evans’ auf Stauffenberg als sachliche Darstellung der Einstellung Stauffenbergs zum Hitler-Regime und seiner romantisierend-konservativen, aber auch antidemokratischen und ständischen Vorstellungen. Der Prüfling berücksichtigt dabei mindestens drei Aspekte, z. B.: Evans sieht Stauffenberg • als anfänglich überzeugten Anhänger des NS, der sich von diesem eine Abkehr von der für ihn unfähigen parlamentarischen Demokratie und ein Erwachen der deutschen Gesellschaft im romantisierend-konservativen Sinne mit dem Ziel einer Wiederherstellung des Ständestaats erhoffte, • als zunächst bereitwillig Hitler folgenden, patriotischen Kriegsteilnehmer und Offizier des Generalstabs an der Ostfront, • als Realisten in einem humanistisch begründeten Prozess des Umdenkens in den Monaten nach der Invasion in der Sowjetunion, da er erkannt habe, dass Hitler mit diesem Krieg die deutschen (militärischen und wirtschaftlichen) Ressourcen überstrapaziert habe, • in einer gewandelten patriotischen Überzeugung, da die Ermordung Hunderttausender Bewohner der Sowjetunion durch die Deutschen die Bevölkerung gegen ihre vermeintlichen Befreier vom Stalinismus aufgebracht habe und dadurch auch Deutschland verraten und die Wehrmacht missbraucht habe, • als moralisch geläutert, da er trotz eines militärischen Treueeids gegenüber Hitler sich innerlich von diesem abgewendet habe und bereit gewesen sei, ein Attentat zu verüben und damit sein eigenes Leben auf Spiel zu setzen.	8
6	erfüllt ein weiteres aufgabenbezogenes Kriterium. (4)	

Teilaufgabe 3

	Anforderungen	maximal erreichbare Punktzahl
	Der Prüfling	
1	setzt sich damit auseinander, dass „Stauffenberg als Vorbild für künftige Generationen schlecht geeignet“ (Z. 30 f.) sei. Er berücksichtigt dabei einerseits die undemokratische, nationalistische und ständische Einstellung Stauffenbergs, die seine Eignung als Vorbild nach heutigen Wertvorstellungen erschwert; er berücksichtigt dabei z. B. folgende Aspekte: • Stauffenbergs anfängliche Begeisterung für den Nationalsozialismus und die damit verbundene Ablehnung der (Weimarer) Demokratie, • seine romantisierenden Vorstellungen zur Rückkehr zu einem mittelalterlich anmutenden Ständestaat, der dem Adel und damit seiner eigenen Familie Vorrechte verschafft hätte,	18

	• seine offenbar lange Zeit nicht vorhandene Kritik an der nationalsozialistischen Rassenpolitik und der Behandlung missliebiger Personen, die dem Menschenrechtsgedanken und speziell dem Gleichheitsgrundsatz widerspricht, • seine frühe Begeisterung für den völkerrechtswidrigen Krieg, die erst spät umschlägt, als er die Gräueltaten der Deutschen und insbesondere der Wehrmacht erkennt, • seine erst spät erfolgte endgültige Abwendung von Hitler zu einem Zeitpunkt, als ihm der Kriegsgewinn aussichtslos erschien; die Attentatsversuche bzw. das durchgeführte Attentat am 20.07.1944 erfolgten erst nach der Wende von Stalingrad und nach der Landung der Alliierten in der Normandie. andererseits seinen Wagemut und seine Überzeugung trotz geleistetem Eid auf Hitler und Todesgefahr, die Kriegsverbrechen zu beenden und den Diktator Hitler zu beseitigen; er berücksichtigt dabei z. B. folgende Aspekte: • Stauffenbergs persönlichen Mut, trotz der offensichtlichen Lebensgefahr für sich, seine Familie und seine Mitverschwörer das Attentat zu wagen und damit – bei Misslingen – den eigenen Tod in Kauf zu nehmen, • seine Entschlossenheit, sich gegen das herrschende Regime und die Meinung des größten Teils der deutschen Bevölkerung zu stellen, was auch nach einem erfolgreichen Attentat zu erheblichen Problemen und Risiken geführt hätte, • seine Bereitschaft, auch gegen seine ständischen Vorstellungen mit anderen – auch von der Demokratie überzeugten – Oppositionellen ein Bündnis einzugehen (auch wenn Evans diesbezüglich eher skeptisch ist), • seine Überzeugung nach den erfahrenen Kriegsverbrechen den Krieg unter Einsatz seines Lebens beenden zu müssen, • seine moralische Wende trotz geleistetem Soldateneid auf Hitler, diesen töten zu wollen, um für Deutschland und seine Kriegsgegner weitere Verluste zu vermeiden. Orientierung für eine 9 Gewichtungspunkten entsprechende Lösungsqualität: Der Prüfling gelangt unter Bezugnahme auf den Text zu einer nachvollziehbaren Argumentation, in der insgesamt mindestens drei Gesichtspunkte, die aus beiden Blöcken stammen, sachgerecht berücksichtigt werden. Die Argumentation enthält keine gravierenden sachlichen Fehler. Orientierung für eine 18 Gewichtungspunkten entsprechende Lösungsqualität: Der Prüfling entwickelt unter vertiefter Bezugnahme auf den Text eine differenzierte Argumentation, in der erörternd mindestens fünf Gesichtspunkte, die aus beiden Blöcken stammen, sachgerecht berücksichtigt werden. Die Argumentation enthält keine sachlichen Fehler.	
2	formuliert ein Fazit, in dem er die nach heutigen Wertvorstellungen nicht annehmbaren Einstellungen Stauffenbergs (seine Begeisterung für den Nationalsozialismus, seine reaktionären Vorstellungen eines erwünschten Ständestaats) als nicht vertretbar berücksichtigt, jedoch insbesondere seine Bereitschaft, bei einem Attentat auf den Diktator und Massenmörder Hitler das eigene Leben für das Ende von Leiden und Krieg in Deutschland und Europa zu riskieren, positiv hervorhebt, wobei nach erfolgter Abwägung die abschließende Stellungnahme (Vorbild heute – ja oder nein) in ihrer Akzentuierung offen bleiben kann.	4
3	erfüllt ein weiteres aufgabenbezogenes Kriterium. (4)	

b) Darstellungsleistung

	Anforderungen	maximal erreichbare Punktzahl
	Der Prüfling	
1	strukturiert seinen Text schlüssig, stringent sowie gedanklich klar und bezieht sich dabei genau und konsequent auf die Aufgabenstellung.	5
2	bezieht beschreibende, deutende und wertende Aussagen schlüssig aufeinander.	4
3	belegt seine Aussagen durch angemessene und korrekte Nachweise (Zitate u. a.).	3
4	formuliert unter Beachtung der Fachsprache präzise und begrifflich differenziert.	4
5	schreibt sprachlich richtig (Grammatik, Orthographie, Zeichensetzung) sowie syntaktisch und stilistisch sicher.	4

7. Bewertungsbogen zur Prüfungsarbeit

Name des Prüflings: _____ Kursbezeichnung: _____

Schule: _____

Teilaufgabe 1

	Anforderungen	Lösungsqualität			
	Der Prüfling	maximal erreichbare Punktzahl	EK ²	ZK	DK
1	benennt den Autor ...	2			
2	nennt als Thema ...	2			
3	formuliert als Kernaussage ...	4			
4	gibt den Gedankengang ...	4			
5	gibt die Hauptaussagen ...	10			
6	erfüllt ein weiteres aufgabenbezogenes Kriterium: (2)				
	Summe 1. Teilaufgabe	22			

Teilaufgabe 2

	Anforderungen	Lösungsqualität			
	Der Prüfling	maximal erreichbare Punktzahl	EK	ZK	DK
	erläutert die für ...				
1	den politischen Hintergrund ...	8			
2	den militärischen Hintergrund ...	8			
3	die Umstände des ...	6			
4	die Folgen des ...	6			
5	charakterisiert die Sichtweise ...	8			
6	erfüllt ein weiteres aufgabenbezogenes Kriterium: (4)				
	Summe 2. Teilaufgabe	36			

² EK = Erstkorrektur; ZK = Zweitkorrektur; DK = Drittkorrektur

Teilaufgabe 3

	Anforderungen	Lösungsqualität			
	Der Prüfling	maximal erreichbare Punktzahl	EK	ZK	DK
1	setzt sich damit ...	18			
2	formuliert ein Fazit ...	4			
3	erfüllt ein weiteres aufgabenbezogenes Kriterium: (4)				
	Summe 3. Teilaufgabe	22			
	Summe der 1., 2. und 3. Teilaufgabe	80			

Darstellungsleistung

	Anforderungen	Lösungsqualität			
	Der Prüfling	maximal erreichbare Punktzahl	EK	ZK	DK
1	strukturiert seinen Text ...	5			
2	bezieht beschreibende, deutende ...	4			
3	belegt seine Aussagen ...	3			
4	formuliert unter Beachtung ...	4			
5	schreibt sprachlich richtig ...	4			
	Summe Darstellungsleistung	20			

	Summe insgesamt (inhaltliche und Darstellungsleistung)	100			
	aus der Punktsumme resultierende Note gemäß nachfolgender Tabelle				
	Note ggf. unter Absenkung um bis zu zwei Notenpunkte gemäß § 17 Abs. 5 APO-WbK				
	Paraphe				

Berechnung der Endnote nach Anlage 4 der Abiturverfügung auf der Grundlage von § 52 APO-WbK

Die Klausur wird abschließend mit der Note _____ (____ Punkte) bewertet.

Unterschrift, Datum:

Grundsätze für die Bewertung (Notenfindung)

Für die Zuordnung der Notenstufen zu den Punktzahlen ist folgende Tabelle zu verwenden:

Note	Punkte	Erreichte Punktzahl
sehr gut plus	15	100 – 95
sehr gut	14	94 – 90
sehr gut minus	13	89 – 85
gut plus	12	84 – 80
gut	11	79 – 75
gut minus	10	74 – 70
befriedigend plus	9	69 – 65
befriedigend	8	64 – 60
befriedigend minus	7	59 – 55
ausreichend plus	6	54 – 50
ausreichend	5	49 – 45
ausreichend minus	4	44 – 40
mangelhaft plus	3	39 – 33
mangelhaft	2	32 – 27
mangelhaft minus	1	26 – 20
ungenügend	0	19 – 0



Name: _____

Abiturprüfung 2017

Geschichte/Sozialwissenschaften, Leistungskurs

Aufgabenstellung:

1. Fassen Sie die Hauptaussagen Stolpes zusammen. *(20 Punkte)*
2. Ordnen Sie den Text in den Prozess der deutschen Wiedervereinigung seit Mitte der 1980er Jahre ein und charakterisieren Sie die Position der Spiegelredakteure, wie sie im Text zum Ausdruck kommt. *(36 Punkte)*
3. Prüfen Sie mit Blick auf die Situation seit 1990, ob sich Stolpes Forderung, Deutschland müsse „zusammenwachsen“, erfüllt hat. *(24 Punkte)*

Materialgrundlage:

- Deutschland wird anders. In: Spiegel 27/1990, S. 42, 52, 53, Interview am 02.07.1990 von Wolfram Bickerich und Ulrich Schwarz mit Manfred Stolpe hier zitiert nach: <http://magazin.spiegel.de/EpubDelivery/spiegel/pdf/13499544> (Die Rechtschreibung und Zeichensetzung folgen dem Original.)

Zugelassene Hilfsmittel:

- Wörterbuch zur deutschen Rechtschreibung
- Herkunftssprachliches Wörterbuch für Studierende, deren Herkunftssprache nicht Deutsch ist



Name: _____

Deutschland wird anders

Interview am 02.07.1990 von Wolfram Bickerich und Ulrich Schwarz mit Manfred Stolpe¹

SPIEGEL: Herr Stolpe, der 1. Juli² ist der Anfang vom Ende des zweiten deutschen Staates. Freut Sie das, oder stimmt Sie das traurig?

STOLPE: Es ist eine zwiespältige Situation. Auf der einen Seite muß man rundheraus sagen, daß es eine Freude ist für jemanden, der davon überzeugt war, daß die Deutschen weiterhin
5 zusammengehören. Entgegen meiner eigenen Vorstellung kommt die staatliche Einheit der Deutschen nun doch sehr viel schneller und nicht erst, wenn ich im Altersheim sitze. Die Freude darf man sich nicht vermiesen lassen durch die Sorgen, die mehr kurzfristiger Art sein werden, wie ich hoffe, nämlich: Wie gelingt es den Menschen dieses Landes, die Umstellung vorzunehmen in ein ganz verändertes pluralistisches, sehr stark von marktwirtschaftlichen
10 Gesichtspunkten bestimmtes Leben? Und wie gelingt es den Menschen dieses Landes, die Erfahrungen aus vier Jahrzehnten, die Verhaltensweisen, die zum Teil noch älter sind, zu bewahren und einzubringen in ein künftiges Deutschland?

[...]

SPIEGEL: Das Tempo der Vereinigung ist laut Kanzler Kohl vom DDR-Volk erzwungen
15 worden. Hat das Volk gewußt, was es tat?

STOLPE: Es ist nicht Aufgabe des Volkes, sich Gedanken zu machen über Durchführungsverfahren.

SPIEGEL: Aber die Durchführungsverfahren sollten nicht seinen Interessen zuwiderlaufen.

STOLPE: Das souveräne Volk hat sein Ziel genannt und damit eine Situation geschaffen, die
20 ihm selbst zum Schaden reichen kann, wenn es nicht gelingt, die normalerweise erforderliche Vorbereitungszeit für das Zusammengehen der beiden deutschen Staaten – die Angleichungsfragen im sozialen, im wirtschaftlichen Bereich – nun wenigstens als Nacharbeitszeit an die Einigung anzuhängen. Wir kommen nur dann zu menschenfreundlichen Regelungen, wenn die staatliche Einwirkung auf Wirtschaftsprozesse, auf Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen
25 noch für mindestens zwei Jahre sehr viel intensiver hier versucht wird, als es in der Bundesrepublik üblich ist. Wir müssen zusammenwachsen und nicht zusammenstürzen. Nacharbeit ist auch nötig im verfassungspolitischen Bereich. Der Versuch muß gemacht werden, einen gesamtgesellschaftlichen Konsens der politisch mitdenkenden Bürger für die künftige Verfassung zu finden.³ Die Verfassung darf nicht ein abstraktes Dokument sein für die Arbeits-
30 räume der Juristen, sondern soll den Vertrag beschreiben, den sich eine Gesellschaft für die Ordnung ihres Zusammenlebens gibt.

Das Grundgesetz ist dafür eine überzeugende Ausgangsbasis, aber es wäre wichtig, noch einen Modus zu finden, wie man in dem künftigen gemeinsamen Deutschland, auch in dem künftigen gemeinsamen Parlament, arbeitet mit der nötigen Rückkopplung zu den Bürgern.

¹ Manfred Stolpe (*1936) war nach einem Jura-Studium zunächst Leiter verschiedener Einrichtungen der Evangelischen Kirche in der DDR; seit Juli 1990 Mitglied der SPD und ab November 1990 Ministerpräsident des Landes Brandenburg bis 2002.

² An diesem Tag trat die Wirtschafts- und Währungsunion in Kraft.

³ 1990 wurde die Frage diskutiert, ob sich das wiedervereinte Deutschland eine neue Verfassung nach Artikel 146 GG geben sollte oder die DDR nach Artikel 23 GG der Bundesrepublik beitreten sollte.



Name: _____

35 **SPIEGEL:** An welche Änderungen des Grundgesetzes denken Sie?

STOLPE: Für mich steht an erster Stelle, welche Erfahrungen aus der demokratischen Revolution der DDR, welche jungdemokratischen Impulse einzubringen wären in das System Bundesrepublik, das dem Bürger vor allem die Rolle des Wählers zuweist, während wir hier in den letzten Monaten unmittelbare demokratische Mitwirkungsformen entwickelt haben.

40 Zu den Modalitäten des Beitritts muß die Verabredung gehören, daß nach der staatlichen Einheit die Verfassung durchgesehen wird, vor allem darauf hin, ob nicht Formen der direkten Demokratie stärker Eingang finden können. Hier liegt die Erfahrung der letzten DDR-Monate näher an alten demokratischen Traditionen in Deutschland, etwa von 1848, als das, was das Grundgesetz in einer historisch verständlichen Behutsamkeit getan hat.

45 **SPIEGEL:** Dürfen wir Ihnen vorhersagen, was in Ihrer Nachbereitungsphase passiert? Gar nichts, da ist die Einheit nämlich vollzogen, und die Regierungskoalition⁴ – wenn sie am Ruder bleibt – hat an einer Verfassungsänderung kein Interesse.

STOLPE: Das wird Kampf bedeuten, das wird Streit bedeuten.

50 **SPIEGEL:** Der Einfluß von 150 Abgeordneten des früheren DDR-Territoriums im nächsten Parlament ist eher gering.

STOLPE: Das würde natürlich nicht genügen, aber die blieben ja nicht allein.

SPIEGEL: Sie würden vielleicht noch 12 Abgeordnete der Bonner Parteiendemokratie finden, die mitmachen.

STOLPE: Mit 120 sähe es besser aus.

55 **SPIEGEL:** Meinen Sie im Ernst, eine Mehrheit im Westen hätte Interesse daran, auf solche DDR-Wünsche einzugehen? Das Volk der DDR, unbestritten, wollte die Einheit, auch wenn es jetzt Angst davor hat; das Volk der Bundesrepublik ist längst nicht mehr so begeistert über die Wiedervereinigung, weil viele im Westen Angst davor haben, vom eigenen Wohlstand etwas abgeben zu müssen.

60 **STOLPE:** Das halte ich für ganz normal, denn für die Bundesbürger ändert sich ja auch einiges. Die Menschen haben begriffen, daß die Routine ihres Zusammenlebens, die Gegebenheiten ihrer Abläufe, die politische und soziale Balance in Frage gestellt werden könnten, wenn 16 Millionen Menschen zuwandern, die dann, was ich sogar hoffe, als letztlich geschlossener Block wirken werden.

65 Es wird eine neue wirtschaftliche Konkurrenz heranwachsen, man wird – ob man das zugibt oder nicht – in der Tat teilen müssen. Bestimmte Prioritäten verlagern sich, irgendwo erfolgen Abstriche – ich denke, daß man das auch viel offener zugeben müßte –, und ich beobachte auch, daß eine Reihe jüngerer Menschen, also sozusagen die Nachgeborenen, die jetzt 30- und 40jährigen und die noch jüngeren, in ihrer Identität berührt werden. Ihre Deutschland-Identität war die einer Bundesrepublik mit einer starken West-Bindung, und mit einemmal ist man
70 durch den Beitritt der DDR mit Osteuropa verheiratet: Die Menschen begreifen, daß dieses Deutschland anders wird. Im Grunde wird Deutschland jetzt erst richtig Deutschland.

SPIEGEL: Herr Stolpe, wir danken Ihnen für dieses Gespräch.

⁴ Koalition aus CDU/CSU und FDP

Unterlagen für die Lehrkraft

Abiturprüfung 2017

Geschichte/Sozialwissenschaften, Leistungskurs

1. Aufgabenart

Interpretation sprachlicher oder nichtsprachlicher historischer Quellen

2. Aufgabenstellung¹

- | | |
|--|-------------|
| 1. Fassen Sie die Hauptaussagen Stolpes zusammen. | (20 Punkte) |
| 2. Ordnen Sie den Text in den Prozess der deutschen Wiedervereinigung seit Mitte der 1980er Jahre ein und charakterisieren Sie die Position der Spiegelredakteure, wie sie im Text zum Ausdruck kommt. | (36 Punkte) |
| 3. Prüfen Sie mit Blick auf die Situation seit 1990, ob sich Stolpes Forderung, Deutschland müsse „zusammenwachsen“, erfüllt hat. | (24 Punkte) |

3. Materialgrundlage

- Deutschland wird anders. In: Spiegel 27/1990, S. 42, 52, 53, Interview am 02.07.1990 von Wolfram Bickerich und Ulrich Schwarz mit Manfred Stolpe
hier zitiert nach: <http://magazin.spiegel.de/EpubDelivery/spiegel/pdf/13499544>
(Die Rechtschreibung und Zeichensetzung folgen dem Original.)

4. Bezüge zum Kernlehrplan und zu den Vorgaben 2017

Die Aufgaben weisen vielfältige Bezüge zu den Kompetenzerwartungen und Inhaltsfeldern des Kernlehrplans bzw. zu den in den Vorgaben ausgewiesenen Fokussierungen auf. Im Folgenden wird auf Bezüge von zentraler Bedeutung hingewiesen.

1. Inhaltsfelder und inhaltliche Schwerpunkte

Inhaltsfeld 5: Nationalismus, Nationalstaat und europäische Integration

- Entstehung, Auswirkungen und Überwindung der deutschen und europäischen Teilung 1945 bis 1989/90

Inhaltsfeld 6: Frieden im 20. und 21. Jahrhundert

- Bipolare Ordnung der Welt nach dem Zweiten Weltkrieg: Ursachen und Überwindung des Kalten Kriegs

2. Medien/Materialien

- entfällt

¹ Die Aufgabenstellung deckt inhaltlich alle drei Anforderungsbereiche ab.

5. Zugelassene Hilfsmittel

- Wörterbuch zur deutschen Rechtschreibung
- Herkunftssprachliches Wörterbuch für Studierende, deren Herkunftssprache nicht Deutsch ist

6. Vorgaben für die Bewertung der Schülerleistungen

Teilleistungen – Kriterien

a) inhaltliche Leistung

Teilaufgabe 1

	Anforderungen	maximal erreichbare Punktzahl
	Der Prüfling	
1	benennt die Gesprächspartner (Manfred Stolpe, Politiker aus der DDR, sowie Wolfram Bickerich und Ulrich Schwarz, Spiegelredakteure), die Textsorte (Interview in einer Zeitschrift), die Adressaten (interessierte Öffentlichkeit, insbesondere Spiegel-Leser), den Zeitpunkt des Interviews (02. Juli 1990) sowie die Art des zu untersuchenden Materials (Quelle).	2
2	nennt als Thema in etwa: die Bewertung und die Herausforderungen der bevorstehenden deutschen Wiedervereinigung.	2
3	formuliert als Kernaussage in etwa: Die deutsche Wiedervereinigung bedeute Freude, aber auch eine Herausforderung, da Deutschland wirtschaftlich, gesellschaftlich und staatsrechtlich trotz bestehender westdeutscher Ängste neu geordnet werden müsse.	4
4	fasst die Hauptaussagen Stolpes in etwa wie folgt zusammen: • Das Ende der DDR sei für ihn (Stolpe) mit unterschiedlichen Gefühlen verbunden: Einerseits erfülle die absehbare Einheit ihn mit Freude, andererseits bringe diese Probleme mit sich, zu denen die Frage gehöre, wieweit sich die DDR-Bürger anpassen müssten und wie weit sie die Zukunft beeinflussen könnten. • Da es keine „Vorbereitungszeit“ für die Wirtschafts- und Währungsunion gegeben habe, sollten im Nachhinein soziale und ökonomische Regelungen erarbeitet werden und „Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen“ bedacht werden. • Das Grundgesetz solle im Kontext des Beitritts der DDR zur Bundesrepublik verändert werden, indem v. a. Elemente der direkten Demokratie gestärkt werden, deren Idee stärker in der DDR als in der Bundesrepublik verwurzelt sei. • Ängste seitens der Bundesbürger seien verständlich, da der Beitritt der DDR wirtschaftliche und politische Veränderungen für alle Deutschen mit sich bringen werde. • Er (Stolpe) erwarte, dass sowohl Einflüsse aus der DDR als auch aus der Bundesrepublik das vereinte Deutschland prägen würden.	12
5	erfüllt ein weiteres aufgabenbezogenes Kriterium. (2)	

Teilaufgabe 2

	Anforderungen	maximal erreichbare Punktzahl
	Der Prüfling	
	ordnet den Text in den Prozess der deutschen Wiedervereinigung seit Mitte der 1980er Jahre ein, indem er folgende Aspekte berücksichtigt:	
1	den seit Mitte der 80er Jahre einsetzenden politischen Wandel in Ost- und Mitteleuropa und der DDR durch Bürgerrechtsbewegungen und die Führung der Sowjetunion; er berücksichtigt dabei mindestens drei Gesichtspunkte, z. B.: • die sich verschärfende wirtschaftliche, gesellschaftliche und politische Krise in den sozialistischen Ländern als Folge wirtschaftlicher Strukturprobleme, politischer Repression und fehlender demokratischer Legitimation und des Rüstungswettlaufs mit dem Westen als Ausgangspunkt für den politischen Wandel, • die sowjetische Liberalisierungspolitik in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft (Glasnost und Perestroika) durch den 1985 in Amt gekommenen Generalsekretär des Zentralkomitees der KPdSU Michail Gorbatschow, welcher erste Reformen (u. a. freie Meinungsäußerung) auf den Weg brachte, • die wachsende Unzufriedenheit der Bevölkerung der DDR, die aufgrund von Mangelwirtschaft und weiterhin bestehender politischer und gesellschaftlicher Repression sich nach westlichen Waren und kulturellen Werten sehnte, ohne dass ein Einlenken der SED-Führung in Sicht gewesen wäre, • die strikte Weigerung der DDR-Führung trotz der beginnenden Reformen in der Sowjetunion ihr Machtmonopol in Frage zu stellen und mehr persönliche, politische, wirtschaftliche oder kulturelle Freiheiten für die Bevölkerung zu gewähren, • die Bildung und Ausdehnung einer v. a. durch die Kirchen getragenen Friedens- und Protestbewegung, • die zumindest in Führungskreisen der DDR bekannten ökonomischen Probleme, die auf einen Staatsbankrott hinausliefen.	8
2	die politischen Umstände und Ereignisse in der DDR in der Zeit zwischen Sommer 1989 und dem Mauerfall; er berücksichtigt dabei mindestens drei Gesichtspunkte, z. B.: • die Entstehung zahlreicher Bürgerrechtsbewegungen im Sommer 1989 wie „Demokratie jetzt“, „Demokratischer Aufbruch“ und „Neues Forum“, die das Ziel verfolgen, das politische System zu verändern, • die anwachsende Ausreise- bzw. Fluchtbewegung in den Westen, z. T. über andere Ostblockstaaten (sog. „Botschaftsflüchtlinge“, Flucht über die geöffnete ungarisch-österreichische Grenze), • die in zahlreichen Städten stattfindenden Montagsdemonstrationen unter Beteiligung breiter Schichten der DDR-Bevölkerung im Herbst 1989, • die zurückhaltende Reaktion des Sicherheitsapparates und der in der DDR stationierten sowjetischen Soldaten angesichts dieser größten Demonstrationen seit dem Volksaufstand, • die ungeplanten und von der internationalen Presse beobachteten Kundgebungen im Kontext der Feierlichkeiten des 40. Jahrestages der Gründung der DDR, • der Rücktritt Erich Honeckers und die durch den neuen Parteichef Egon Krenz angekündigten Reformen, • die überraschende Öffnung der Grenze in den Westen durch den Fall der Mauer am 9. November 1989.	8

3	die politischen Umstände und Ereignisse zwischen dem Mauerfall und der deutschen Wiedervereinigung; er berücksichtigt dabei mindestens vier Gesichtspunkte, darunter die ersten drei obligatorisch: • die Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion, durch welche die Deutsche Mark, die soziale Marktwirtschaft und das westdeutsche Sozialsystem am 1. Juli 1990 in der DDR eingeführt wurden, • den 2+4-Vertrag, der die außenpolitischen Rahmenbedingungen für die endgültige innere und äußere Souveränität des vereinten Deutschlands festlegt, • die staatsrechtliche Wiedervereinigung am 3. Oktober 1990 in Form des Beitritts der DDR zur Bundesrepublik gemäß Art. 23 des Grundgesetzes ohne wesentliche Veränderungen des Grundgesetzes, und andere fakultativ, z. B.: • die Bildung der Regierung Modrow, die bis zu den Volkskammerwahlen im März 1990 die Regierungsgeschäfte übernahm, • das 10-Punkte-Programm des damaligen Bundeskanzlers Helmut Kohl, welches im November 1989 konkrete Schritte zur Wiedervereinigung benennt, • die Bildung des „runden Tisches“ im Dezember 1989 unter Beteiligung u. a. von Oppositionellen, Kirchenvertretern, SED und Regierung, der die Zukunft der DDR diskutiert, • die ersten und letzten freien Wahlen in der DDR im März 1990, in deren Folge Lothar de Maizière (CDU) Ministerpräsident der DDR wurde, • die 2+4-Gespräche von Mai bis September 1990 zwischen den 4 Siegermächten des 2. Weltkriegs und den beiden deutschen Staaten über die Rechte und Pflichten des vereinten Deutschlands, • den Einigungsvertrag über die Modalitäten des Beitritts der DDR zur BRD (29. September 1990).	10
4	charakterisiert die Position der Spiegelredakteure, wie sie im Text zum Ausdruck kommt, als kritisch und skeptisch gegenüber den Prognosen und der Realisierbarkeit der Wünsche Stolpes aufgrund ihrer Einschätzung des Bonner Politikbetriebs; er berücksichtigt dabei mindestens drei Gesichtspunkte, z. B.: • die Skepsis gegenüber dem politischen Bewusstsein der DDR-Bevölkerung, die überwiegend eine schnelle Wiedervereinigung forderte: „<i>Hat das Volk gewußt, was es tat?</i>“ (Z. 15), • den Verweis auf Beharrlichkeit, mangelndes Veränderungsinteresse und politische Unbeweglichkeit auf der Seite der westdeutschen Politik: „<i>Dürfen wir Ihnen vorhersagen, was in Ihrer Nachbereitungsphase passiert? Gar nichts ...</i>“ (Z. 45 f.), • den Verweis auf die mangelnde Bereitschaft der westdeutschen Bevölkerung, ökonomische Opfer für die deutsche Einheit zu bringen: „<i>... das Volk der Bundesrepublik ist längst nicht mehr so begeistert über die Wiedervereinigung, weil viele im Westen Angst davor haben, vom eigenen Wohlstand etwa abgeben zu müssen.</i>“ (Z. 57 ff.), • den Verweis auf die unrealistische Einschätzung der politischen Verhältnisse durch Stolpe: „<i>Der Einfluß von 150 Abgeordneten des früheren DDR-Territoriums im nächsten Parlament ist eher gering. ... Sie würden vielleicht noch 12 Abgeordnete der Bonner Parteiendemokratie finden, die mitmachen.</i>“ (Z. 49 ff.).	10
5	erfüllt ein weiteres aufgabenbezogenes Kriterium. (4)	

Teilaufgabe 3

	Anforderungen	maximal erreichbare Punktzahl
	Der Prüfling	
1	prüft mit Blick auf die Situation seit 1990, ob sich Stolpes Forderung, Deutschland müsse „zusammenwachsen“, erfüllt hat. Der Prüfling berücksichtigt Argumente, die dafür sprechen, dass die beiden Teile Deutschlands „zusammenwachsen“ bzw. zusammengewachsen sind; er berücksichtigt z. B. folgende Aspekte: • die (teilweise) Erfüllung der wirtschaftspolitischen Forderungen Stolpes (siehe Text) durch Solidarpakt I & II und Transferzahlungen (in den ersten 10 Jahren 1,8 Billionen DM) als Zeichen für gesamtdeutsche Solidarität, • die internationale Wahrnehmung des vereinten Deutschlands (z. B. in allen supranationalen Organisationen) als eine (!) Nation, • die Entscheidung, das ehemals geteilte Berlin erneut zur gesamtdeutschen Hauptstadt zu erklären als Zeichen für ein Zusammenwachsen der Nation, • die Normalität von west-ostdeutschen Partnerschaften und von Bildungs- und Berufsbiografien, die sich unabhängig von der Herkunft entwickeln, • die Tatsache, dass mit Angela Merkel und Joachim Gauck zwei Ostdeutsche die wichtigsten Ämter in der Bundesrepublik bekleiden/bekleideten, was für eine gelungene politische Integration spricht. Der Prüfling berücksichtigt Argumente, die dagegen sprechen, dass die beiden Teile Deutschlands „zusammenwachsen“ bzw. zusammengewachsen sind; er berücksichtigt z. B. folgende Aspekte: • die in der Folge der Wiedervereinigung nicht zufriedenstellende Regelung der Eigentumsverhältnisse (bspw. Fragen der Restitution und Entschädigung), • die (andauernde) politische Unzufriedenheit in den ostdeutschen Ländern, die sich auch in Protestwahlen und Unterstützung extremer politischer Gruppierungen äußert, • die umstrittene Vorgehensweise der Treuhand im Rahmen der Wiedervereinigung, die zur weitgehenden Abwicklung der ostdeutschen Großbetriebe / Industrie und dem Verlust osteuropäischer Märkte führte, • die andauernde hohe Arbeitslosigkeit im Osten Deutschlands und das West-Ost-Gefälle in unterschiedlichen Bereichen wie u. a. in Löhnen und Gehältern, Lebenserwartung etc., • die sprichwörtliche „Mauer in den Köpfen“ und den Verlust von Identität, der teilweise durch DDR-Nostalgie (oder auch BRD-Nostalgie) ausgeglichen wird. Orientierung für eine 10 Gewichtungspunkten entsprechende Lösungsqualität: Der Prüfling gelangt zu einer nachvollziehbaren Argumentation, die mindestens drei Aspekte berücksichtigt. Die Argumentation enthält keine gravierenden sachlichen Fehler. Orientierung für eine 20 Gewichtungspunkten entsprechende Lösungsqualität: Der Prüfling entwickelt eine differenzierte Argumentation und Problematisierung, in der erörternd insgesamt mindestens fünf Aspekte und beide Interpretationen berücksichtigt werden. Die Argumentation enthält keine sachlichen Fehler.	20
2	formuliert ein Fazit, in dem er deutlich macht, dass die beiden Teile Deutschlands nach einem Vierteljahrhundert in vielen Bereichen „zusammengewachsen“ sind, wenn auch weiterhin trennende Elemente bestehen. (Je nach Gewichtung der Argumente können letztlich unterschiedliche Akzentuierungen vorgenommen werden.)	4
3	erfüllt ein weiteres aufgabenbezogenes Kriterium. (4)	

b) Darstellungsleistung

	Anforderungen	maximal erreichbare Punktzahl
	Der Prüfling	
1	strukturiert seinen Text schlüssig, stringent sowie gedanklich klar und bezieht sich dabei genau und konsequent auf die Aufgabenstellung.	5
2	bezieht beschreibende, deutende und wertende Aussagen schlüssig aufeinander.	4
3	belegt seine Aussagen durch angemessene und korrekte Nachweise (Zitate u. a.).	3
4	formuliert unter Beachtung der Fachsprache präzise und begrifflich differenziert.	4
5	schreibt sprachlich richtig (Grammatik, Orthographie, Zeichensetzung) sowie syntaktisch und stilistisch sicher.	4

7. Bewertungsbogen zur Prüfungsarbeit

Name des Prüflings: _____ Kursbezeichnung: _____

Schule: _____

Teilaufgabe 1

	Anforderungen	Lösungsqualität			
	Der Prüfling	maximal erreichbare Punktzahl	EK ²	ZK	DK
1	benennt die Gesprächspartner ...	2			
2	nennt als Thema ...	2			
3	formuliert als Kernaussage ...	4			
4	fasst die Hauptaussagen ...	12			
5	erfüllt ein weiteres aufgabenbezogenes Kriterium: (2)				
	Summe 1. Teilaufgabe	20			

Teilaufgabe 2

	Anforderungen	Lösungsqualität			
	Der Prüfling	maximal erreichbare Punktzahl	EK	ZK	DK
	ordnet den Text ...				
1	den seit Mitte ...	8			
2	die politischen Umstände ...	8			
3	die politischen Umstände ...	10			
4	charakterisiert die Position ...	10			
5	erfüllt ein weiteres aufgabenbezogenes Kriterium: (4)				
	Summe 2. Teilaufgabe	36			

² EK = Erstkorrektur; ZK = Zweitkorrektur; DK = Drittkorrektur

Teilaufgabe 3

	Anforderungen	Lösungsqualität			
	Der Prüfling	maximal erreichbare Punktzahl	EK	ZK	DK
1	prüft mit Blick ...	20			
2	formuliert ein Fazit ...	4			
3	erfüllt ein weiteres aufgabenbezogenes Kriterium: (4)				
	Summe 3. Teilaufgabe	24			
	Summe der 1., 2. und 3. Teilaufgabe	80			

Darstellungsleistung

	Anforderungen	Lösungsqualität			
	Der Prüfling	maximal erreichbare Punktzahl	EK	ZK	DK
1	strukturiert seinen Text ...	5			
2	bezieht beschreibende, deutende ...	4			
3	belegt seine Aussagen ...	3			
4	formuliert unter Beachtung ...	4			
5	schreibt sprachlich richtig ...	4			
	Summe Darstellungsleistung	20			

	Summe insgesamt (inhaltliche und Darstellungsleistung)	100			
	aus der Punktsumme resultierende Note gemäß nachfolgender Tabelle				
	Note ggf. unter Absenkung um bis zu zwei Notenpunkte gemäß § 17 Abs. 5 APO-WbK				
	Paraphe				

Berechnung der Endnote nach Anlage 4 der Abiturverfügung auf der Grundlage von § 52 APO-WbK

Die Klausur wird abschließend mit der Note _____ (____ Punkte) bewertet.

Unterschrift, Datum:

Grundsätze für die Bewertung (Notenfindung)

Für die Zuordnung der Notenstufen zu den Punktzahlen ist folgende Tabelle zu verwenden:

Note	Punkte	Erreichte Punktzahl
sehr gut plus	15	100 – 95
sehr gut	14	94 – 90
sehr gut minus	13	89 – 85
gut plus	12	84 – 80
gut	11	79 – 75
gut minus	10	74 – 70
befriedigend plus	9	69 – 65
befriedigend	8	64 – 60
befriedigend minus	7	59 – 55
ausreichend plus	6	54 – 50
ausreichend	5	49 – 45
ausreichend minus	4	44 – 40
mangelhaft plus	3	39 – 33
mangelhaft	2	32 – 27
mangelhaft minus	1	26 – 20
ungenügend	0	19 – 0